



Schluss mit teuer!

25. Oktober | Suhl: Kundgebung für einen solidarischen Herbst. Wir sagen: Kosten der Krisen nicht auf die kleinen Leute abwälzen. »Genug ist Genug!« ist eine Kampagne gegen die steigenden Preise und die soziale Schieflage. Während einige Unternehmen von der Krise profitieren, bezahlen Millionen die Zeche. Deshalb: Krisenprofiteure besteuern. Diplomatie statt Waffenlieferungen. Energiepreise deckeln und die Versorgung aller sichern. Kundgebung mit Gregor Gysi, Thomas Steinhäuser, Sandro Witt und dem Liedermacher Olaf Bessert

Beim Tag des Flüchtlings an der Schule in Schmiedefeld



Der Freitag in der Interkulturellen Woche ist seit 1986 der Tag des Flüchtlings. Bereits zum 3. Mal hat Karin Hornschuch mit dem Team Sport&Spiel in Abstimmung mit der Schulleiterin Frau Schilling in den oberen Klassen der Schule in Schmiedefeld Gespräche mit geflüchteten Jugendlichen organisiert. In diesem Jahr stand Rashid Kanan aus Aleppo in Syrien den Schülern Rede und Antwort. Er ist vor Krieg und Perspektivlosigkeit mit 14 Jahren geflüchtet, hat in der Türkei gearbeitet, um Geld für die weitere Flucht zu verdienen und ist nun seit 7 Jahren in Deutschland. Zur großen Freude beider erkannte er in der Klassenlehrerin Frau Bähr seine erste Lehrerin im Deutschkurs wieder. Rashid spricht unsere Sprache

perfekt und nahezu akzentfrei. Bewundernswert. Es war absolut interessant, was er uns über sich, seine Familie und seine Flucht erzählt hat. Sein größter Wunsch ist, dass seine Eltern und die zwei Schwestern nach Deutschland nachziehen können. Rashid hat in Suhl nicht nur perfekt Deutsch gelernt, sondern seinen Abschluss als Erzieher mit 1* gemacht. Er begleitet heute als Erzieher und Sozialarbeiter beim DRK junge Ausländer (UMAs - unbegleitete minderjährige Ausländer) auf ihrem weiteren Lebensweg. Wir wünschen Rashid und seinen Freunden von Herzen alles Gute. Unser herzlicher Dank gilt dem Lehrerteam und den interessierten Schüler*innen in Schmiedefeld.

- INA LEUKEFELD -

Neuer Name für neue Geschäftsstelle

Hallo, liebe Leserinnen und Leser der SAZ.

Wir haben eine tolle neue Geschäftsstelle in der Rimbachstraße 20. Aber Geschäftsstelle ist ein sperriger Name, LINKER TREFF abgelutscht und das RedRoxx gibt es schon in Erfurt. Wir sollten gemeinschaftlich auf Namensuche gehen. HINTERHOF heißt so was in Düsseldorf, die ROTE FLORA gibt's in Hamburg, LINKSBlick ist eine Zeitung.

Was fällt mir so ein? AnsprechBAR, RedRimbach, SOLICorner, LinkeMitte LeftGeneration.... Ach, ich höre auf. Bitte helft mit und schickt uns Ideen für einen griffigen Namen für diesen Ort, der Leben soll.

- INA LEUKEFELD -



Grußwort von Elke Pudszuhn an die Teilnehmer der 17. Landesdelegiertenkonferenz des TVVdN/BdA am 8.10.2022 in der Gedenkstätte des KZ Buchenwald

Liebe Kameradinnen und Kameraden, es ist für mich ein besonderes Erlebnis, dass ich an diesem Ort sprechen darf.

Mein Leben, nunmehr 79 Jahre, ist eng mit diesem Ort verbunden. Ich wurde am 22. September 1943 geboren und 11 Monate später verbrachte die Gestapo meinen Vater in dieses KZ und er bekam die Häftlingsnummer 86.706 und war im Block 42 im großen Lager nach der Quarantäne im Kleinen Lager. Er hat überlebt und lange nicht darüber gesprochen, wie viele Kameraden auch. Erst beim Besuch der Gedenkstätte 1958, als Jugendweihling, habe ich mir von dem Kameraden, der uns durch das Lager führte, am Modell den Block 42 zeigen lassen. Es sind Jahre vergangen, bis ich selbst aktiv wurde im Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR bis zu dem einschneidenden

Jahr 1989, der sogenannten Wende. Da wollte man plötzlich das KZ-Lager mit dem als Internierungslager von den Alliierten nach der Befreiung vom Faschismus, hier die Russen, vermengen. An der Seite von Kurt Goldstein, Emil Carlebach, Ernst Jende, Klaus Trostorff, Günter Pappenheim und anderen Kameraden konnten wir das verhindern. Wir mußten uns immer wieder gegen Geschichtsfälschungen zu Wort melden und uns gegen die Angriffe auf den Antifaschismus erwehren. Sie schreckten nicht mal davor zurück, den Schwur der Häftlinge vom 19. April 1945, hier auf dem Appellplatz von 21 000 Überlebenden geschworen, anzuzweifeln. Auch nach 75 Jahren ist Antifaschismus kein Verbrechen, sondern unverzichtbar.

Ich habe keine Statistik über die vielen Führungen, Gespräche, Meetings, die ich mit jungen Leuten hier

durchgeführt habe, aber es waren viele in den letzten 30 Jahren.

Nun ist es an der Zeit, dass ich das Erbe, welches ich von meinen Eltern übernommen habe, an die nachfolgende Generation weitergebe. Man will es ja manchmal nicht wahr haben, dass schon wieder 30 Jahre vergangen sind, die ich im Landesvorstand bin. Es bleibt unsere Verpflichtung, aktiv politisch zu handeln, um das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer zu bewahren, weil wir Frieden, Demokratie, Freiheit und solidarisches Miteinander als Voraussetzung für das Zusammenleben der Menschen empfinden und das seit 75 Jahren als VVN. Da ist kein Platz für Antirassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich danke für eure Aufmerksamkeit und wünsche der Landesdelegiertenkonferenz einen guten Verlauf und gute Ergebnisse.

Unsere Reise nach Ceske Budejovice 2022



Obwohl am 01.09., dem von unseren tschechischen Genoss:innen geplanten Reisetag nach Budweis, der Weltfriedenstag bzw. der Antikriegstag begangen wird und einige Veranstaltungen für Suhl geplant waren, entschlossen wir uns im Stadtvorstand, den geplanten Termin anzunehmen. Die hier gebliebenen Vorstandsmitglieder, die es beruflich ermöglichen konnten, nahmen an der Kundgebung am Rathaus teil.

Die Budweis-Reisenden trafen sich am 01.09. morgens um 7:00 Uhr ge-

genüber dem CCS am Bus, in dem schon die Genoss:innen aus Bad Salzungen von uns begrüßt wurden. Obwohl unsere Abgeordneten leider nicht teilnehmen konnten, war der Bus gut gefüllt. Allerdings fuhr

uns in diesem Jahr nicht unser langjähriger Busfahrer Torsten, sondern sein Kollege Shenja, der auch seine Frau mitbrachte. Natürlich war es eine kleine Umstellung mit einem neuen Fahrer, aber wir gewöhnten uns auch an den Neuen.

Gegen 18:00 Uhr trafen wir in unserer Partnerstadt ein, wurden von einigen tschechischen Genossen begrüßt und bezogen unsere Zimmer in den Hotels "Metropol" und "Mali Pivowatch". Nach einem gemeinsamen Abendessen trafen sich unsere Stadtvorsitzende Ronja Lenz und einige Vorstands- bzw. Fraktionsmitglieder mit Genoss:innen vom Vorstand der KSCM.

Am 2. Tag besuchten wir die Bezirksstadt Pisek. Diese Stadt wird auch als die reichste Stadt Böhmens bezeichnet. Sie wurde von König Wenzel gegründet und liegt am Fluss Otava, dort soll früher Gold gefunden worden sein. Die erste Erwähnung von Pisek fand man auf einer Urkunde aus dem Jahr 1243.

An diesem Tag besuchten wir

das größte und älteste Gestüt Böhmens. Das Gestüt beschäftigt 35 Mitarbeiter:innen. Dort werden Zuchtstiere gehalten, die aufgrund ihrer hervorragenden Gene im ganzen Land für die Zucht verwendet werden.

Am Nachmittag diesen Tages besuchten wir in Pisek das älteste funktionsfähige Kraftwerk Tschechiens, welches auch ein Museum über die Geschichte der Entwicklung der Elektroenergie enthält.

Pisek ist eine faszinierende Stadt mit unzähligen Sehenswürdigkeiten. Eine Sehenswürdigkeit, die wir am 3. Tag unserer Reise sehen konnten, ist das Schloss Orlik, was noch heute den Nachkommen der "Schwarzenbergs" gehört. In diesem Schloss befindet sich, interessant für die Suhler, die größte private Waffensammlung Böhmens.

Der Höhepunkt und auch der Abschlussabend unserer Reise war ein Abend im mittelalterlichen Stil, mit Mittelaltermusik, rustikalem Essen, Theater, Tanz, einer Schlange zum Streicheln und einer Feuershow. Das war eine tolle Veranstaltung und eine schöne Reise, die für unsere Genoss:innen aus Suhl und Bad Salzungen sicherlich noch lange im Gedächtnis bleiben wird. Vielen Dank an unsere tschechischen Genoss:innen für die Planung und Organisation dieser wunderbaren Reise.

– ANNETTE FRITZ –

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de
Email: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Dezember-Ausgabe 2022 ist am 21.11.2022.

Gesprächsforum alternativ mit Katrin Rohnstock

Die 1960 in Jena Geborene studierte Germanistik in Jena und Berlin und setzte sich besonders mit Autobiografien auseinander. Als Literatur- und Sprachwissenschaftlerin, Publizistin, Autorin und Gründerin der Firma Rohnstock Biografien betreibt sie Erzählalons und Erzählprojekte. Menschen haben das Bedürfnis, ihre Geschichte zu erzählen und sie vor allem auch jungen Leuten zu vermitteln. So ist Katrin Rohnstock zum Thema Treuhand gekommen und hat sich seither mit den gebrochenen Erwerbsbiografien Ostdeutscher vom Maschinenschlosser und Mopedbauer bis zum Richter und Generaldirektor beschäftigt. Ihr persönlicher Antrieb war und ist es, Lebensgeschichten zu hören, Zusammenhänge aufzuspüren, Erfahrungen und Wissen sichtbar zu machen. Eines ihrer vielen Bücher heißt: Mein letzter Arbeitstag: Abgewickelt nach 89/90. Sieben Frauen und 23 Männer, geboren zwischen 1929 und 1971, geben in dem Buch Auskunft über ihr Arbeitsleben in der DDR und dessen abruptes Ende. Im Ergebnis entstand gemeinsam mit der Rosa - Luxemburg- Stiftung eine Ausstellung, deren Kuratorin Katrin Rohnstock ist. Sie wird nächstes



Jahr im April auch in der Volkshochschule Suhl zu sehen sein. Fakt ist, dass die Treuhand über 9.000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen innerhalb kürzester Zeit «markttauglich» machen sollte. Das Resultat nach 4

Jahren ihres Wirkens war eine umfassende Privatisierung bzw. Liquidierung von Betrieben im Wert von 600 Mdr. DM, die die DDR-Industrie nach Schätzungen von Detlev Karsten Rohwedder wert war. Als Präsident der Treuhandanstalt wurde er vor seinem Haus in Düsseldorf am 1. April 1991 erschossen. Nach sei-

ner Ermordung kam Birgitt Breuel, die mit harter Hand das umsetzte, was die westdeutsche Wirtschaft wollte, nämlich Konkurrenz beseitigen und sich Vermögen aneignen. Infolge dessen kam es zur umfassenden Deindustrialisierung und mit 4 Mill. Arbeitslosen zur größten Vernichtung von Produktivvermögen, schlimmer als im Ergebnis des 2. Weltkrieges. Oft auch deshalb, um Konkurrenz aus dem Weg zu schaffen. Im Thüringer Landtag arbeitet seit April d. J. der Untersuchungsausschuss 7/2 „TREUHAND IN THÜRINGEN“, um sich einen umfassenden Überblick über die Aktenlage zum Wirken der Treuhandanstalt in Thüringen, wo alleine 2488 Privatisierungen erfolgten, zu verschaffen. Ostdeutsche hatten kaum Chancen, einen Betrieb als Management by out zu übernehmen. Eine riesige Vermögensumverteilung von Ost nach West kam in Gang, denn 80% der Betriebe gingen an Wessis, 6 % an Ossis, der Rest ausländische Firmen. Es war eine spannende Diskussion an diesem Abend in der Kulturbaustelle, die nächstes Jahr in der Ausstellung fortgesetzt wird.

– INA LEUKEFELD –

ANDERSWO GELESEN

Für viel Aufsehen gesorgt und sehr zeitgemäß

Mit „taxmenow“ (Besteuere mich jetzt) setzt sich eine Gruppe von Millionenerbinnen und -erben für ein gerechtes Steuersystem ein: Ihre Petition für eine höhere Besteuerung von Superreichen auf ihrer Website trägt bereits über 80.000 Unterschriften. Unter dem Pseudonym Stefani Breuer erklärt die 32jährige Württembergerin ihr Engagement dafür in der **September-Ausgabe der VdK-Zeitung** in einem langen Interview.

Es folgen einige Auszüge daraus:

Zu Steuerregelungen, die Reiche begünstigen:
Es gibt in dem Bereich enorme Lobbyarbeit. Wir sind als Gesellschaft leider sehr auf finanziellen Gewinn aus. Gegenseitige Wertschätzung läuft über unsere finanzielle Situation. Das widerspricht komplett dem, was man unter Gemeinwohl versteht. Aber lei-

der scheint im Moment kaum jemand in der Politik den Willen zu haben, das zu ändern.

Zum Vorwurf, dass höhere Steuern Arbeitsplätze gefährden:

An die Unternehmen gerichtet sage ich: „Solange ihr Gewinne ausschütten könnt, könnt ihr damit auch Arbeitsplätze finanzieren. Bitte hinterfragt doch mal die Prämisse, dass ein Unternehmen seinen Eigentümern immer massiven Gewinn einbringen muss. Kann es nicht auch ein Gewinn sein, in einer gesunden Gesellschaft zu leben, mit Produkten, die wir tatsächlich brauchen? [...] Wir dürfen uns nicht erpressbar machen durch große Unternehmen. Das tut uns als Gesellschaft nicht gut.“

Zum Vorwurf Neiddebatte und dem Vorschlag, Superreiche können freiwillig mehr Zahlen:

Damit werden alle diejenigen, die hö-

here Steuern für Vermögende fordern, in eine schlechte Ecke geschoben, [...]. Da lassen wir Menschen im Stich, [...]. Freiwilligkeit funktioniert nicht. Auf das Schuldentilgungskonto des Bundes zahlt so gut wie niemand ein. Und ein Staat und seine Gesellschaft dürfen auch nicht vom Wohlwollen der Reichen abhängig sein.

Es geht um eine Minderheit von etwa 51.000 Haushalten. Falls der Staat ihnen bestimmte Steuerprivilegien streichen würde, brächte dies jährlich Steuermehreinnahmen von vorsichtig geschätzt etwa 80 Milliarden Euro. Arm wird davon aber niemand.

Bisher kannte ich solches Denken nur aus einem Fernsehbericht über einzelne schwerreiche Amerikaner. Sollte in dieser krisengeschüttelten Zeit doch noch die Vernunft siegen?

– FRAGT SICH SONJA REINHARDT –

Chile – Die Narben der Diktatur

Wie es der Zufall will, fiel der diesjährige Tag der Opfer des Faschismus auf den 11. September. An diesem Tag jährte sich dieses Jahr auch zum 49. Mal der Militärputsch in Chile, in der die demokratisch gewählte sozialistische Regierung unter Präsident Salvador Allende durch den faschistischen General Augusto Pinochet gestürzt und durch eine Militärdiktatur ersetzt wurde, welche für das chilenische Volk 15 Jahre des Terrors und der Unterdrückung bedeuten sollte.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten im Jahre 1970 betrieb Allende eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Eine Agrarreform sah die Umverteilung von 20.000 km² Ackerland von Großgrundbesitzern an Bauern und Kollektive vor. Wertvolle Bodenschätze, wie das bisher hauptsächlich von US-amerikanischen Unternehmen geschürfte Kupfer, wurden verstaatlicht. Und kostenlose Bildung, Krankenversorgung sowie ein Programm, das täglich eine kostenlose Portion Milch für jedes Kind vorsah, verbesserten die Lebensbedingungen der Bevölkerung spürbar.

Diese Politik traf allerdings nicht in allen Kreisen auf Befürwortung. Wohlhabende Industrielle und hochrangige Militärs in Chile fürchteten um ihre Machtpositionen. Die Führungsriege der USA fürchtete, dass ein erfolgreiches sozialistisches System zur Inspiration anderer Nationen in Südamerika und dem Rest der Welt werden könnte. So wurde unter dem damaligen US-Präsidenten Richard Nixon und seinem Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger das „Project FUBELT“ gestartet, welches den Zweck hatte, die nötigen Voraussetzungen für den kommenden Putsch zu schaffen. Dies führte zur

Ermordung des militärischen Oberbefehlshabers René Schneider bei einer versuchten Entführung durch einen rechtsextremen Offizier, welcher vom amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA unterstützt wurde. Gleichzeitig wurde durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds ein Wirtschaftskrieg gegen Chile geführt, welcher das politische Klima weiter verschärfte und als Vorwand zur Delegitimierung sozialistischer Projekte weltweit diente.

Die Jahre der Vorbereitung endeten schließlich im erfolgreichen Putsch im Jahre 1973 und im Selbstmord Allende's im erstürmten Präsidentenpalast. Als selbsternannter „Oberster Staatschef“ ließ Pinochet im ganzen Land Konzentrationslager und Folterzentren errichten. Politische Gegner, wie der Sänger Victor Jara, wurden systematisch verfolgt und auf brutalste Weise gefoltert und ermordet. Der Staatsterror reichte auch über die Landesgrenzen hinaus. So wurde der aus der politischen Gefangenschaft befreite Diplomat Orlando Letelier im Jahre 1976 in Washington, D.C. auf Befehl Pinochets durch eine Autobombe getötet.

Chile wurde zu einem Experimentallabor des Neoliberalismus. Unter der Führung der als „Chicago Boys“ bekannten Ökonomen in Pinochet's Regierung wurden Sozialausgaben drastisch gesenkt, Märkte dereguliert und Unternehmen in staatlicher Hand erneut privatisiert. Die Ergebnisse der Liberalisierung traten ein wie beabsichtigt: In den folgenden 10 Jahren verfünffachte sich die Arbeitslosigkeit auf 25% und es fand eine drastische Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben statt.

Auch nach der Abwahl Pinochet's

durch das Parlament im Jahre 1988 sind die Narben der Diktatur weiterhin spürbar. Nach wie vor ist die Privatisierung von lebenswichtigen Gütern wie Wasser in der Verfassung vorgesehen, sodass jenes von Agrarunternehmern für den profitablen Avocado-Anbau genutzt wird, während es bei der ärmeren Bevölkerung nicht einmal zum Duschen reicht. 2019 kam es daher zu einer Welle der Proteste gegen die andauernde soziale Ungleichheit, ausgelöst von einer geplanten Tarifierhöhung des privaten U-Bahn-Betreibers in der Hauptstadt Santiago. Es wurde unter anderem der Rücktritt des rechtsgerichteten Präsidenten Piñera gefordert, welcher die Demonstrationen mit harter Polizeigewalt beantwortete.

2022 wurde schließlich ein neuer Verfassungsentwurf eingebracht, welcher feministische Positionen, Umweltschutz und die Demokratisierung der politischen Institutionen beinhaltete. Mangelnde Transparenz bei der Ausarbeitung des Verfassungstextes sowie das ohnehin schon geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung machten das Vorhaben jedoch angreifbar für eine mediale Kampagne, die mit Falschinformationen und Rechtspopulismus erfolgreich für die Ablehnung des Entwurfes warb.

Und so erlebte das chilenische Volk einen weiteren herben Rückschlag im Kampf um ein gerechtes und menschenwürdiges System. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass die politische Linke des Landes den Kampf weiterhin fortführt und dass die Zukunft ihre Mühen belohnen wird. Es bleibt das Versprechen der alten Hymne des Widerstands: „El pueblo unido jamás será vencido“.

Die SAZ nach dem Lesen weitergeben!

Termine November 2022

- 07.11. 17:30 Uhr Fraktion, Rimbachstraße 20
- 09.11. 16:00 Uhr Gedenken, Stele am Stadtpark
- 18:00 Uhr Konzert, Türmchen CCS
- 14.11. 17:30 Uhr Fraktion, SWSZ
- 15.11. 16:30 Uhr Stadtvorstand, Rimbachstraße 20
- 17.11. 17:00 Uhr Kundgebung #NICHT MIT UNS – Solidarisch durch die Krise, Dianabrunnen
- 19:00 Uhr Gesprächsforum Alternativ „Kein Entkommen – Wie uns die Digitalisierung im Griff hat“, Kulturbaustelle
- 19.11. 9:00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung, Michel Hotel
- 23.11. 15:00 Uhr Polit-Café, zusammen mit BO Südost, Rimbachstraße 20

SOZIALVERBAND **VdK** **DGB**

#NICHT MIT UNS

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE

Kundgebung

17.11. SUHL
DIANABRUNNEN

17 UHR

WWW.NICHT-MIT-UNS.ORG #NICHTMITUNS